

St. Petersburg - eine demokratische Hochburg: Ergebnisse einer Beobachtermission anlässlich der Staatsdumawahlen im Dezember 1995

Trautmann, Ljuba

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Trautmann, L. (1996). *St. Petersburg - eine demokratische Hochburg: Ergebnisse einer Beobachtermission anlässlich der Staatsdumawahlen im Dezember 1995*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 16/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46125>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

St. Petersburg - eine demokratische Hochburg

Ergebnisse einer Beobachtermission anlässlich der Staatsdumawahlen im Dezember 1995

Zusammenfassung

Zum zweiten Mal - nach dem Dezember 1993 - hat sich eine Mehrheit der Bevölkerung von St. Petersburg bei den Duma-Wahlen vom 17.12.1995 für demokratische bzw. reformorientierte Parteien entschieden. Mit 16 Prozent der Stimmen siegte die Jabloko-Bewegung Jawlinskijs. Insgesamt erhielten die Reformkräfte fast 50 Prozent. Damit hat die nach Westen orientierte, mit großem geistigen Potential und kulturellen Erbe ausgestattete Stadt deutlich ihr Nichteinverständnis mit dem jüngsten Kurs der Regierung gezeigt. Trotz einer gewaltigen Werbekampagne belegte die "Partei der Macht" Tschernomyrdins mit 12,8 Prozent in St. Petersburg nur den dritten Platz, die ultranationalistische LDPR erreichte nicht einmal fünf Prozent. Die Ergebnisse der Wahlen in St. Petersburg haben ähnlich wie die in Moskau gezeigt: Dort, wo die demokratischen Werte und die politische Kultur tiefer im Bewußtsein der Bürger verankert sind, wo die wirtschaftlichen Reformen an Boden gewinnen und Reformserfolge für die Bevölkerung nicht nur Worte bleiben - dort entscheiden sich die Wähler für die Fortsetzung des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses.

St. Petersburg und das Gebiet Leningrad

St. Petersburg - das seit 1924 Leningrad hieß und erst 1991 aufgrund eines umstrittenen Referendums seinen alten Namen zurückerhielt - ist nach Moskau das zweitgrößte Industriezentrum Rußlands mit den Schwerpunkten Schiffbau und Luftfahrt sowie militärisch-industrielle Forschung und Entwicklung. In der Stadt (Fläche: 600 km², einschließlich Vorstädte 1.350 km²) leben 4,84 Mio. Einwohner, davon fast 90 Prozent Russen. Im umliegenden Gebiet Leningrad (Fläche: 85.900 km²), das nach wie vor so heißt, leben 1,67 Mio. Menschen, ebenfalls zu 90 Prozent Russen. Die städtische Bevölkerung macht über zwei Drittel der regionalen Gesamtbevölkerung aus. Neben Moskau ist St. Petersburg eine der beiden russischen Städte mit föderalem Status. Die "Interparlamentarische Versammlung" der GUS hat hier ihren Sitz.

Die sozio-ökonomische Entwicklung von St. Petersburg ist seit Anfang der neunziger Jahre gespalten. Einem erfolgreichen marktwirtschaftlich orientierten Modernisierungsprozeß (Banken und Finanzen, Privatisierung, Kommunikation und Transport, Dienstleistungssektor) stehen massive Produktionsein-

brüche, teilweise Deindustrialisierung, eine große verdeckte Arbeitslosigkeit und die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten gegenüber. Die Erwerbsquote liegt bei knapp 60 Prozent. Die offizielle Arbeitslosenrate lag 1995 für die Stadt St. Petersburg bei 2,3 Prozent, wird aber von der *Internationalen Arbeitsorganisation* in Genf weit höher eingeschätzt. Für das Gebiet Leningrad wurde 1995 eine offizielle Arbeitslosenrate von 5,1 Prozent registriert. In der Altersstruktur der Bevölkerung ist neben der Gruppe der 25-40jährigen die Generation der 50-65jährigen stark vertreten, und zwar besonders unter den Frauen. Diese demographische Situation macht neben den wirtschaftlichen und sozialen Faktoren ein politisches Paradox verständlich: St. Petersburg ist eine Hochburg demokratischer und zentristischer Kräfte und gleichzeitig eine noch nicht gefallene, relativ starke Bastion der Kommunisten, die sich auf die verarmten und älteren Bevölkerungsschichten stützen.

Der Wahlkampf

Im Unterschied zu Moskau, wo fast auf Schritt und Tritt rund fünf Meter hohe Wahlplakate und elektronische Werbetafeln der Parteien (vor allem der Tschernomyrdin-Partei *Unser Haus Rußland [UHR]* und der ultranationalistischen *Liberal-demokratischen Partei [LDPR]* Shirinowskijs) zu sehen waren, war in St. Petersburg nur wenig Straßenwerbung zu beobachten. Selbst kleinere Wahlplakate waren selten. Die meiste Werbung lief im Fernsehen: für die Parteien im ersten staatlichen Fernsehkanal ORT und im Russischen TV, für die St. Petersburger Kandidaten im lokalen Kanal TV-5. Im Haus der Journalisten fanden zahlreiche öffentliche Veranstaltungen mit den Parteivorsitzenden statt, und auf dem Newskij Prospekt wurden einige Massenveranstaltungen durchgeführt. Parteien wie *Jabloko*, *Demokratische Wahl Rußlands* (Gaidar), *Frauen Rußlands*, *die Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen (PSW)* (Swjatoslaw Fjodorow) und auch die *Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)* beschränkten sich auf Informationsveranstaltungen und öffentliche Diskussionen mit den Bürgern.

Die Wählerversammlung *Unser Haus Rußland* - das konnte man den Berichten der St. Petersburger Presse sowie Gesprächen mit Journalisten, Parteirepräsentanten und einfachen Bürgern entnehmen - führte die kostenaufwendigsten und größten Wahlveranstaltungen durch. So trat beispielsweise die große Ballettmeisterin Maja Plissezkaja, die seit über 30 Jahren nicht mehr auf der Bühne getanzt hatte, im Kirow-Theater auf. Ferner gab es im Taurischen Palast Auftritte der teuersten und populärsten russischen Schlager- und Popsängerin Alla Pugatschowa, sowie Modeschauen mit Claudia Schiffer und Eva Herzigova, und zwar am 10.12.1995, also eine Woche vor den Wahlen. Auch im St. Petersburger Fernsehen war UHR stärker als die übrigen Parteien vertreten. Die Petersburger sahen mit ironischer Distanz einen TV-Werbespot der UHR-Kandidatin Ljudmila Narussowa, der sie fast zu einer Heldin der Stadt hochstilisierte. Renommiertere Objekte, die in den letzten Jahren in der Stadt verwirklicht wurden - sechs Krankenhäuser, Stomatologie, Kinder-Rehabilitationszentren, Renovierung der Kasaner Kathedrale und der Peter-Pauls-Festung - wurden als ihr Verdienst ausgegeben. Dabei wissen die Petersburger Bürger sehr wohl, daß diese Projekte vor allem das Verdienst des Ehemannes von Frau Narussowa, des Bürgermeisters Anatolij Sobtschak sind. Sobtschak selbst hielt sich - im Unterschied zu 1993, als er Vorsitzender der Partei "Russische Bewegung demokratischer Reformen" war - aus der Wahlkampagne heraus. Er gab keine öffentlichen Statements ab. Diese Zurückhaltung war zweifellos durch die 1996 anstehenden Bürgermeisterwahlen bedingt, bei denen Sobtschak erneut antreten will. Angesichts der unterschiedlichen politischen Einstellungen der Bürger und der öffentlichen Stimmung in St. Petersburg ist ein solches Verhalten als ein wohlüberlegter und taktisch richtiger Schritt zu bewerten.

In der Petersburger Presse - es erscheinen dort relativ kritische, freie und unabhängige Wochen- und Tageszeitungen wie *Čas Pik*, *Severnaja stolica*, *Smena*, *Večernij Peterburg*, *Nevskoe Vremja* u.a. - wurde umfassend über die Programme und Kandidaten der verschiedenen Parteien sowie über Wahlversammlungen berichtet. Die dem Bürgermeister Sobtschak nahestehende Zeitung *Sankt*

Peterburgskie vedomosti veröffentlichte detaillierte Beschreibungen aller Kandidaten in den Einer-Wahlkreisen. Vor allem die liberale *Čas Pik* und die *Smena* stellten die Spitzenkandidaten der Parteien auf den journalistischen Prüfstand. Die Bewerber wurden in der Regel kompetent interviewt. *Čas Pik* beschränkte sich bei einem ausführlichen Bericht über den Besuch Tschernomyrdins in St. Petersburg nicht auf das Programm, die Ziele und den politischen Kontext des Ministerpräsidenten. Auch die enormen Wahlkampfmittel von UHR wurden kritisch kommentiert. Über zentrale Konflikte der Wahlkampagne - etwa den vorübergehenden Ausschluß der Wahlblöcke *Jabloko* und *Deržava* (Ruzkoj) von den Wahlen oder die kontroverse Diskussion über die Struktur und die Handhabung des Wahlrechts - wurde von der liberalen Petersburger Presse detailliert berichtet. Die Zeitungen ließen Politiker und Rechtsexperten zu Wort kommen, die u.a. die Vor- und Nachteile der Fünf-Prozent-Klausel sachkundig darlegten.

Treffen mit Spitzenkandidaten der drei größten Parteien

Unser Haus Rußland: Alexandr Prochorenko ist 50 Jahre alt. Im Herbst 1995 wurde er zum Vorsitzenden der St. Petersburger Organisation UHR gewählt. Prochorenko stellte öffentlich fest, UHR sei keine politische Partei, und es herrsche keine harte Ideologisierung. "Wir haben kein Mitgliedschaftssystem, keine Beiträge" - was seine Begründung darin findet, daß die Partei von oben organisiert wurde und staatlich bzw. durch Gasprom finanziert wird. Als Partner für die Zukunft schloß Prochorenko weder linke noch rechte Parteien aus. Die Frage, wie UHR zur NATO-Osterweiterung steht, wollte er nicht beantworten. Nach den Finanzierungsquellen für die grandiosen UHR-Veranstaltungen gefragt, leugnete er nicht, daß 99 Prozent der St. Petersburger Gelder für UHR aus Moskau kamen.

Jabloko: Seit über zwei Jahren leitet J. Artemjew die St. Petersburger Organisation von Jabloko. Artemjew verurteilte bei seinem öffentlichen Auftritt die Aktivitäten von UHR und griff sie wegen des Mißbrauchs von Regierungsämtern an: "UHR-Regierungsleute haben sich während ihrer Arbeitszeit nicht mit Fragen der Tagespolitik, sondern mit der Wahlkampagne beschäftigt. UHR hatte die meisten TV-Auftritte." Artemjew schätzte die Chancen für seine Partei vor den Wahlen realistisch ein.

Kommunistische Partei der Russischen Föderation: Die KPRF hat starken organisatorischen und politischen Einfluß durch weit verzweigte Machtstrukturen, die sie aus der Sowjetzeit herüberretten konnte. In St. Petersburg hat sie das frühere Netz ihrer Parteistrukturen wiederhergestellt - vom Gebietskomitee bis in die Fabriken hinein. Auf allen Ebenen gibt es Komitees mit einem fest besetzten Personal. 90 Prozent der KP-Mitglieder in St. Petersburg sind älter als 60 Jahre. Zum Programm der KPRF äußerte sich A. Olchowskij - Vorsitzender der KP des Leningrader Gebiets - folgendermaßen: "Im Interesse der Ökonomie unterstützt die KPRF eine Nationalisierung der Wirtschaft. Es handelt sich aber nicht um eine totale Nationalisierung. Heilen ist vielmehr die Parole. Wenn Nationalisierung, dann nur Nationalisierung der Militärindustrie, der Verkehrsmittel, der Bodenschätze, der Energie und Kommunikation. Eine harte Kontrolle über das Monopol muß es geben." Auf die Frage nach seiner Einstellung zur NATO-Osterweiterung stellte er fest: "Unsere Linie ist die gleiche wie die der heutigen Regierung."

Die Wahl

Von den 4,84 Mio. Einwohnern St. Petersburgs waren im Dezember 1995 3.879.000 wahlberechtigt. Im Vergleich zu Rußland, wo die Wahlbeteiligung in diesem Jahr bei 65 Prozent lag und damit fast 15 Prozent höher war als im Jahre 1993, blieb sie in St. Petersburg mit 58,7 Prozent unter dem nationalen Durchschnitt, lag aber um etwa sechs Prozentpunkte über der Wahlbeteiligung des Jahres 1993 (52,02%).

Die Stadt St. Petersburg war in acht Wahlkreise (zwischen 461.509 und 481.152 Wahlberechtigten) mit den Nummern 206 bis 213 eingeteilt. Die Wahlkreise sind territorial in je zwei bis vier Wahlbezirke untergliedert. Die Wahlbezirke wiederum sind in Wahllokale (insgesamt 1778) unterteilt. Sie stellen die unterste Ebene der Wahlorganisation dar. In jedem Wahlbezirk liegen zwischen 70 und 80 Wahllokale, mit jeweils 1.000 bis 3.000 Wahlberechtigten. Die Wahlkreise wurden im Vergleich zu 1993 leicht verändert. So konnte eine annähernd gleiche Zahl von Wahlberechtigten in jedem der acht Wahlkreise erreicht werden. In den acht St. Petersburger Wahlkreisen traten 149 Kandidaten an. Ein gutes Drittel von ihnen bewarb sich - oft nur vorgetäuscht - als "unabhängig" um ein Direktmandat. Die Zahl der Bewerber pro Wahlkreis lag zwischen 12 bis 15 (WK 211 und 212) und 23 bis 24 (WK 209 und 213). Das Parteienangebot war damit für die Wähler in allen Wahlkreisen diversifiziert und pluralistisch. Die führenden Parteien schickten in allen acht Wahlkreisen eigene Kandidaten ins Rennen.

Wahlergebnisse im Überblick

Auf der nationalen Ebene konnten am 17.12.1995 nur vier Parteien die 5-Prozent-Hürde überspringen. In St. Petersburg nahmen dagegen sechs Parteien diese Hürde:

Jabloko	16,0%
Kommunistische Partei	13,2%
Unser Haus Rußland	12,8%
Demokratische Wahl Rußlands	12,4%
Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen	6,6%
Kongreß Russischer Gemeinden (KRO)	5,1%

Bei den Direktmandaten konkurrierten 149 Kandidaten um acht Mandate, davon 62 Unabhängige und 87 Kandidaten von Blöcken und Vereinigungen. Die folgenden acht Kandidaten und Parteien gewannen ein Mandat (jeweils mit relativer Mehrheit):

Wahlkreis 206: Julij Rybakow (Demokratische Wahl Rußlands)	26,9%
Wahlkreis 207: Jurij Nesterow (Jabloko)	17,3%
Wahlkreis 208: Sergej Nikiforow (Jabloko)	18,8%
Wahlkreis 209: Galina Starowojtowa (Unabhängige)	13,1%
Wahlkreis 210: Anatolij Golow (Jabloko)	14,0%
Wahlkreis 211: Petr Schelitsch (Unabhängiger)	21,0%
Wahlkreis 212: Sergej Popow (Jabloko)	20,2%
Wahlkreis 213: Alexandr Masur (Jabloko)	22,1%

Die Ergebnisse zeigen, daß sich die Wähler in St. Petersburg bei den Direktwahlen ausschließlich für demokratische Kandidaten entschieden haben. Die acht demokratischen Sieger blieben in ihrem jeweiligen Wahlkreis jedoch weit von einer absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen entfernt. Während die demokratische Partei *Jabloko* bei den Listenwahlen im Dezember 1995 mit 16 Prozent nur knapp drei Prozent vor den Kommunisten lag (13,2%), errang sie bei den Direktwahlen einen vergleichsweise klaren Sieg. Dieser Sieg der Demokraten ist umso bemerkenswerter, als es den unterschiedlichen demokratischen Parteien und Gruppierungen im Vorfeld der Wahl nicht gelungen war, sich über die Nominierung gemeinsamer Kandidaten zu verständigen. Der Versuch, ein Wahlabkommen der demokratischen Kräfte zustandezubringen, scheiterte. Die demokratischen Wählerstimmen wurden dadurch in St. Petersburg zersplittert. Der Erfolg der St. Petersburger Jabloko-Direktkandidaten bei den Duma-Wahlen vom 17.12.1995 war in Rußland einmalig. Fast die

Hälfte der Direktmandate (5 von landesweit 12) konnte Jabloko allein in St. Petersburg erringen. St. Petersburg profilierte sich mit den Listen- und Direktwahlen somit als demokratische Hochburg.

Weniger günstig als in St. Petersburg verliefen für die Demokraten die Wahlen auf der Leningrader Gebietsebene. Hier gingen die Kommunisten aus den Dezemberwahlen 1995 als klare Sieger hervor. St. Petersburg und das Umland bilden in diesem Punkt keine Ausnahme in Rußland: Die Provinz wählte im Unterschied zur Stadt weit stärker die Kommunistische Partei und weit schwächer die demokratischen Parteien.

Vergleich der Wahlergebnisse in Rußland, St. Petersburg und im Gebiet Leningrad am 17.12.1995 (Listenwahlen, vorläufige Ergebnisse in Prozent):

	Rußland	St. Petersburg	Gebiet Leningrad
KPRF	22,3	13,2	18,2
Unser Haus Rußland	10,1	12,8	11,0
Jabloko	6,9	16,0	8,3
LDPR	11,2	3,9	8,0
Frauen Rußlands	4,6	4,1	6,3
Kommunisten für die UdSSR	4,5	3,7	6,1

Somit errangen die demokratischen und zentristischen Kräfte in St. Petersburg einen überzeugenden Sieg - zusammen gewannen sie knapp 50 Prozent der Stimmen (Jabloko 16%, UHR 12,8%, DWR 12,4%, PSW 6,6%) und schnitten damit deutlich besser ab als die KPRF (13,2%) oder die LDPR Shirinowskij (unter 5%). Gleichwohl zeigt ein Vergleich der Stimmergebnisse von 1993 und 1995, daß die reformorientierten Kräfte 1995 Stimmverluste hinnehmen mußten. Die demokratischen Parteien und Gruppierungen fielen von 61 Prozent im Jahre 1993 auf 47,8 Prozent im Jahre 1995:

	1993	1995
Wahl Rußlands (Reformkräfte)	24,0%	12,4%
Jabloko	20,0%	16,0%
UHR	-	12,8%
Sobtschaks "Bewegung"	9,0%	-
andere demokratische Parteien wie PRES, Frauen Rußlands, DPR, Öko	8,0%	6,6%
KPRF	8,0%	13,2%
LDPR	15,0%	3,9%
Kongreß Russischer Gemeinden	-	5,1%

Die Popularität und das Vertrauen gegenüber den Kommunisten ist in letzten zwei Jahren auch in St. Petersburg gestiegen, und zwar von acht auf 13,2 Prozent. Als ein erfreulicher Trend sind demgegenüber gravierende Verluste der LDPR in der Stadt zu verzeichnen. Die Partei stürzte von 18 Prozent im Jahre 1993 auf unter fünf Prozent. Die meisten LDPR-Stimmen gingen vermutlich an die Kommunistische Partei.

Vergleichbare Trends sind zwischen den Wahlen von 1993 und 1995 auch auf der Gebietsebene festzustellen. Hier betrugen die Veränderungen (Listenwahlen):

	Reformer	KPRF	LDPR
1993	39,1%	12,5%	30,0%

1995	25,6%	24,3%	8,0%
Veränderung:	-13,5%	+11,8%	-22,0%

Der beachtliche Erfolg von Jabloko und der vier weiteren Reformparteien in St. Petersburg läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß hier auch dank des langjährigen Engagements von Bürgermeister Sobtschak die demokratischen Umgestaltungen für die Bürger spürbarer sind als im übrigen Rußland.

Die Wahlerfolge der Kommunisten sind in erster Linie dadurch zu erklären, daß St.Petersburg eine sehr "alte" Stadt ist mit einer hohen Konzentration von Menschen im Rentenalter sowie eine Wirtschaftsmetropole mit einer offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit, welche durch die Teilschließung großer militärindustrieller Betriebe in den neunziger Jahren massiv angewachsen ist. Die KPRF konnte die tiefe Unzufriedenheit jener Bevölkerungsteile mobilisieren, die von der Wirtschafts- und Sozialkrise in St. Petersburg besonders betroffen sind. Die relative Stärke der Kommunisten hängt schließlich auch damit zusammen, daß jüngere Wähler, die eher zu den Reformparteien tendieren, deutlich weniger als die älteren Generationen bereit sind, sich an den Wahlen zu beteiligen. Während laut Umfragen vor der Wahl nur etwa 30 Prozent der Jüngeren erklärten, zur Wahl zu gehen, waren etwa 75 Prozent der Älteren dazu bereit.

Fazit

Will man die Besonderheiten der Wahlergebnisse sowie den Umstand erklären, daß sich in St. Petersburg eine relativ starke demokratische Hochburg herausgebildet hat, so sind neben den skizzierten aktuellen Gründen zahlreiche langfristige - historische, kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische - Faktoren für diese Sonderstellung zu nennen.

Historisch war die Stadt seit ihrer Gründung nach Westen orientiert und gegenüber demokratischen Ideen aufgeschlossener als das übrige Rußland. Wirtschaftlich liegt St. Petersburg neben Moskau und anderen führenden Industrieregionen an der Spitze der industriegesellschaftlichen Transformation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die wirtschaftliche Modernisierung hat in St. Petersburg eine dynamische soziale Entwicklung ausgelöst, die sich auszeichnet durch ein umfangreiches Kulturangebot, ein gut ausgebautes Bildungssystem und einen entsprechend hohen Bildungsstand der St. Petersburger. Hinzu kommt ein starker Dienstleistungssektor, ein relativ hohes Einkommensniveau sowie eine relativ gute Versorgung der Stadt. Wegen dieses großen Potentials und aufgrund der politischen Stabilität von St. Petersburg, die sich wohltuend vom Moskauer Chaos der Macht abhebt, ist auch für die Zukunft mit einer demokratisch orientierten Entwicklung der Stadt an der Newa zu rechnen.

Ljuba Trautmann

Die Verfasserin ist Leiterin der Informationsagentur und Medienconsulting Osteuropa sowie Lehrbeauftragte am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Hamburg.

Redaktion: Bernd Bentlin/Heinz Timmermann